

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

57. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 65 Pfl., monatlich 22 Pfl., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 11. Dezember 1919

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 20 Pfl., die fünfzeilige Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklameanzeigen 60 Pfl. die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 144.

Gau Mittelrhein

Nach sechsjähriger Pause tagte in Mann bei am 23. und 24. November im „Wurlacher Hof“ der ursprünglich auf den 9. November einberufene, durch die Verkehrssperre aber verschobene 31. Mittelrheinische Gaufag. Mit der Begrüßung der erschienenen 59 Delegierten (drei fehlten infolge Pflanzverweigerung, einer wegen Krankheit) leitete des Gauvorsitzers Fuhs und des Kollegen Goldmann namens des Bezirks Mannheim, eröffnete ersterer um 10 Uhr die Verhandlungen, einen kurzen Rückblick auf die Ereignisse seit dem letzten Gaufage werfend. Er erinnerte ferner an die noch in Gefangenschaft befindlichen Kollegen, unter denen sich auch zwei Gauvorstandsmitglieder befinden. In der der Berichtszeit verstorbenen Führer Döblin, Dominé, Dreier, Große, Reihäuser und des Mannheimer Bezirksvorsitzenden Kauler sowie der sowohl an der Front gefallenen als daheim infolge der vielen Entbehrungen leider zu früh verstorbenen Gaumitglieder wurde seitens der Versammlung ehrend gedacht.

Nach Befestigung der Tagesordnung und der Wahl zweier Kommissionen erstattete Kollege Fuhs den Tätigkeitsbericht. In wohlbedachten Sätzen entwarf Redner ein düsteres Gemälde untrüger politischer und gewerkschaftlicher Situation, in die uns der verheerende Krieg mit seinen unüberlebenden Folgen gebracht hat. Wohl brach das moralische, abstraktistische Staatsgefüge unter dem Drucke der weltgeschichtlichen Ereignisse zusammen, aber die kapitalistische Weltordnung vermochte der Novembersturm nicht hinwegzujagen. Der Streik im Sozialismus und Sozialfäulnis, der die Arbeiterklasse, deren Wohlstand heute nötiger denn je ist, zerplitzerte, gehe nicht um das Ziel, sondern um die Wege. Die organisatorische Durchbildung der in die Verbände eingetretenen Massen ist Vorbedingung einer durchgreifenden Änderung auf wirtschaftlichem Gebiete, dessen Verhältnisse das Schlimmste beschreiben lassen. Auch innerhalb des Gaus halten wir mit überaus schwierigen Verhältnissen zu rechnen. Der Mitgliederstand betrug bei Kriegsbeginn 3331 Mitglieder, von denen über 80 Proz. eingezogen waren. Geblieben sind 396 Mitglieder. An Unterstützung ist die Familien der Kriegsteilnehmer wurden 169121,72 Mk. bezahlt, davon aus Verbands- und Gaushilfe 75097 Mk. und aus örtlichen Kräften 95024,72 Mk. Der Kassenbestand betrug Ende des zweiten Quartals 1914 51814,69 Mk., Ende des zweiten Quartals 1919 31388,33 Mk., somit Vermögensabnahme über 20000 Mk. Ganz besonders schlimm für unsern Gau gestalteten sich die Verhältnisse am Kriegsende, als der größte Teil unseres Gaus von französischen und amerikanischen Truppen besetzt wurde und jede schriftliche und mündliche Verständigung auf längere Zeit unmöglich war. Der Gauvorstand sah sich gezwungen, den im besetzten Gebiete wohnenden zweiten Vorsitzenden auf dem Bureau anzufassen, um so einerseits die zerrissenen Fäden wieder anzuknüpfen und andererseits unsern Verwaltung der infolge der überflüssigen Demobilisierung auf dem Bureau angewachsene Arbeit bewältigen zu helfen. In tariflicher Hinsicht sei festgehalten die besonders schwierige Einführung der Steuererhöhungen im besetzten Gebiete, die auch zur Streichung einiger Firmen führte. Andererseits sind die alten Tarifregeln Sommer (Grünstadt) und Saulen (Saarlouis) der Tarifgemeinschaft beigetreten. Zum Schluß gab Kollege Fuhs der Hoffnung Ausdruck, daß es uns durch intensive Arbeit aller gelingen möge, dem wirtschaftlichen Ruin zu entrinnen.

Nach kurzer Debatte wurde der mit Beifall aufgenommene Vorstandsbericht einstimmig genehmigt. Der gedruckt vorliegende Rechenschaftsbericht, der durch unsern Verwaltungsrat noch erläutert wurde, fand ebenfalls Zustimmung, desgleichen die Entlastung des Verwaltungsrats.

Die Beratung der zum Gaustatut gestellten Änderungsanträge nahm längere Zeit in Anspruch. Sie lauden ihre Erledigung dahingehend, daß die gestellten Anträge teils abgelehnt, teils zurückgezogen oder der Generalversammlung zur Erledigung überwiesen wurden. Angenommen wurde ein Antrag Mainz, der eine prinzipielle Änderung der bisherigen Entschädigung an die Bezirke vorschlägt. Bisber wurden den Bezirken 2 Proz. (die auf 3 Proz. erhöht werden sollten) von den Einnahmen als Verwaltungskosten zurückvergütet. In Zukunft erhalten die Bezirke 2 Proz. sämtlicher Einnahmen und Ausgaben der Verbandskasse.

Die Besprechung der tariflichen und organisatorischen Lage im Gau wurde durch ein instruktives

Referat des Gauvorsitzers eingeleitet. Redner verwies zunächst auf die in Aussicht stehende Gauvorsitzerkonferenz und Tarifauschubshilfe, der die Aufgabe zufalle, einen Ausgleich mit der fortschreitenden Forderung herbeizuführen. Unter den gegebenen Verhältnissen sei es unmöglich, vereinbarte Termine einzuhalten, worauf ja auch schon in der letzten Tarifauschubshilfe Rücksicht genommen wurde. Auf der Gauvorsitzerkonferenz sei zu allen Gegenwartsfragen Stellung zu nehmen. Der Gauvorstand lehne die Schaffung eines graphischen Industrieverbandes auf der Grundlage des Rätelebens ab. Zu empfehlen sei, schon jetzt mit den graphischen Organisationen in Unterhandlungen zu treten, um zu einem Graphischen Kartell zu gelangen, das in organischer Fortentwicklung zu einem engeren Zusammenschlusse führen soll. Bezüglich der zur Generalversammlung zu stellenden Anträge biliet er die Funktionäre, unerlöste Anträge zu verhindern, da eine Beitragserhöhung soziole unvermeidlich sei. Die Lokalauflagefrage und sonstige wichtige Forderungen an die Generalversammlung bildeten den Schluß seiner inhaltsreichen Darlegungen.

Die nun einleitende Berichterstattung der Bezirksvorsitzenden über die Verhältnisse in den Bezirken ergab ein überaus trübes Bild der Lage im Gau. Die Einführung der Steuererhöhungen speziell im besetzten Gebiete mußte in zahlreichen Fällen durch langwierige Verhandlungen, Streiks und passiv Widerstand erzwungen werden. Das Tarifamt, dessen Vermittlung nicht immer zur Zufriedenheit der Kollegen ausfiel, trat ebenfalls in Aktion. Wenn diese Verhältnisse auch durch die monatelange Unterbindung des Verkehrs mit den linksrheinischen Bezirken teilweise beibehalten waren, so fällt doch die Hauptschuld auf den Widerstand der Prinzipalität mit ihren zutage getretenen Sonderbestrebungen zurück. Abreinstimmend wurde eine bessere Bezahlung der übrigen gewerblichen Arbeiterkategorien festgestellt und ein entsprechender Ausgleich vom Tarifschutz erwartet. Die anfängliche Erleichterung der Lebenshaltung im besetzten Gebiete hat einer Steigerung Platz gemacht, die die im unbesetzten übertrifft. Die Bezahlungsarmen verstimmen diesen Zustand noch durch Ausfuhr von Lebensmitteln, die als teure Auslandsware wieder hereinkommen. Die in verschiedenen Bezirken geforderten Beschäftigungsbeihilfen hatten wenig Erfolg. Untrüger Kollegen im Saarlande leiden unter sehr schwierigen Verhältnissen. Die in dem nunmehr französischen Lothringen arbeitenden Vergleute erhalten ihren Lohn in Frankenwährung und beziehen, in deutsche Währung umgerechnet, täglich etwa 120 Mk. Die in dem angrenzenden Saarbrücken von ihnen bezogenen Lebensmittel usw. werden natürlich unter diesen Umständen nicht billiger. Eine Verordnung der französischen Behörde, daß niemand im Saarland in Versammlungen reden darf, der nicht dort wohnt, schafft weitere Schwierigkeiten. Die organisatorischen Verhältnisse lassen ebenfalls noch zu wünschen übrig. Große Arbeitslosigkeit und unzureichende Unterstützung waren Gegenstand ausgiebiger Aussprache. Das Ergebnis der dreistündigen Aussprache wurde in folgender, vom Gauvorstand vorgelegter Resolution, die mit zur Debatte kam, niedergelegt:

Der 31. mittelrheinische Gaufag beauftragt den Verbandsvorstand, mit den Hauptvorständen der genannten graphischen Organisationen in Unterhandlungen zu treten mit dem Ziel, unter vorläufiger Wahrung vollständiger Selbstständigkeit der Organisationen zu einem graphischen Kartell zu gelangen, das in organischer Fortentwicklung zu einem engeren Zusammenschlusse führen soll, um für unsere Forderungen an die Gegenwart wie auch an die Zukunft mit ihren großen, der Lösung harrenden Problemen einen festen Untergrund zu bereiten. Die Gehilfenvertreter werden beauftragt, bei der am 8. Dezember beginnenden Tarifauschubshilfe zur Anpassung an die derzeitige Lebenshaltung für alle Gebieten eine fortschreitende höhere Entlohnung zu fordern, deren Mindesthöhe das Doppelte der Calwerischen Standardlöhne zu betragen hätte, und diese Forderung mit allen Mitteln zur Anerkennung zu bringen.

Von der nächsten Generalversammlung erwartet der Gaufag eine durchgreifende Regelung der Unterstützungsfrage in allen Zweigen und richtet das Ersehen an den Verbandsvorstand, eine dahingehende Vorlage in kürzester Frist zur Veröffentlichung zu bringen. Die Resolution fand einstimmige Annahme. Instruktion Mitleidungen des Vorsitzenden bildeten den Abschluß dieses mit bestimmter Entschlossenheit behandelten Punktes. Ein noch nicht behandelter Antrag, die finanzielle Unterstützung der Typographischen Gesellschaften im Gau be-

treffend, wurde nach diesbezüglicher Zustimmung des Vorsitzenden zurückgezogen. Ein weiterer Antrag, den Gau in zwei Wahlvorklagskreise einzuteilen, um die Verteilung auf den Verbandsgeneralversammlungen möglichst abwechselnd zu gestalten, wurde in Rücksicht auf die kommende Neueinteilung der Gaus zurückgestellt. Welschlossen wurde, allen Bezirken das Recht einzuräumen, einen Kandidaten zu nominieren, der auf die gemeinsame Vorklagsliste kommt. Der Gauvorsitzende wurde vom Gaufag aufgestellt.

Die Anstellung eines befohlenen Gauvorsitzers gehörte mit zu den wichtigsten Aufgaben, die der Gaufag zu lösen hatte. Die Größe unseres Gaus und die fortwährend wachsende Arbeit, die ja schon zur provisorischen Anstellung eines zweiten Vorsitzenden führten, machten diesen Schritt zur gebieterischen Notwendigkeit. Kollege Fuhs, der den Gau nahezu 20 Jahre mit unübertrefflichem Geschick und Erfolg ehrenamtlich leitete, war unter allseitigem, lebhaftem Bedauern nicht zu bewegen, das Amt als befohlener Gauvorsitzender anzunehmen. Eine zur Vorbereitung der Wahl eingeleitete Kommission schlug einstimmig den langjährigen Mainzer Bezirksvorsitzenden, Kollegen Conradt, als Nachfolger des Kollegen Fuhs vor, der ebenso einstimmig vom Gaufag als befohlener Gauvorsitzender beauftragt wurde.

Der Erhöhung des Gaubeltrags von 10 auf 40 Pfl. — dem Vorschlage der Kommission entsprechend — wurde einhellig zugestimmt. Dem Danke des Gaufags für die langjährige, erfolgreiche Tätigkeit des scheidenden Gauvorsitzers verlieh Kollege Schneider (Heldberg) beredigen Ausdruck, dem sich Dankesworte des Kollegen Fuhs sowie solche des Kollegen Conradt angeschlossen, die eine weitere erprobte Arbeit im Gau verbürgten.

Die Festlegung der Mieten und Reisekosten der Delegierten fand entsprechende Erledigung. Statt der bisherigen Pauschallöhne von 1000 Mk. wurde, dem Gauvorstande das gefasste Gauvermögen zur Verfügung gestellt und eine Neuregelung der Entschädigungsfrage für die Gauvorstandsmitglieder vorgenommen. Die Wahl des Ortes zur Abhaltung des nächsten Gaufags wurde dem Gauvorstand überlassen.

Nach einem Resümee der gefassten Beschlüsse und Schlussworten des Vorsitzenden, welcher die Einstimmigkeit der gefassten Beschlüsse hervorhob und der Forderung Ausdruck verlieh, daß sie zum Besten aller ausfallen mögen, schloß Kollege Fuhs die von seltener Objektivität und Kollegialität getragene Tagung mit einem begeisterten aufgenommenen Hoch auf unsere treubewährte Organisation.

Zu Ehren der anwesenden Delegierten hatte der Bezirksverein Mannheim am Vorabende des Gaufags eine Begrüßungsfeier und nach Schluß des ersten Verhandlungstags eine Abendunterhaltung arrangiert. Beide Veranstaltungen, die auch von den Mannheimer Kollegen zahlreich besucht waren, brachten den Delegierten eine willkommene Abwechslung und ließen sie auf einige Stunden die Alltagsmühen vergessen. Bei beiden Veranstaltungen stellte sich der Gesamtverein „Typographia“ unter Leitung seines Dirigenten, Herrn Richard Solger, in den Dienst der Allgemeinheit, und erteilte mit seinen ergötzt zu Gehör gebrachten Chören den wohlverdienten Beifall. Auch die humoristischen Vorträge der Ludwigshafener Kollegen brachten Stimmung in die Teilnehmer. Die auf 10 Uhr festgesetzte Vollzeitsunde bereitete den Veranstaltungen ein allzu rasches Ende.

Zur Teilung des Gaus Bayern

Nachdem durch die Vorkandidat in Nürnberg die Frage ins Rollen gebracht und auch der Gauvorstand in einem längeren Artikel hierzu Stellung genommen hat, möchte auch von unserer Seite diese Frage beleuchtet und behandelt werden.

In dem Nürnberger Artikel wird als Hauptgrund der Teilung eine bessere Agitationsmöglichkeit vorgeschoben. Die Notwendigkeit derselben wird kein Kenner der Verhältnisse leugnen, und auch die sonstigen Angaben bezüglich Verhältnismäßigkeiten usw. in diesem Artikel treffen zu. Eine andre Frage ist es aber, ob durch eine Teilung des Gaus eine Besserung dieser Verhältnisse eintritt. Schon des Unlebens des Gaus Bayern wegen möchten wir vor einer Teilung dringend warnen! Eine Verkleinerung hier hat eine Teilung als undiskutabel abgelehnt. Der beabsichtigte Zweck würde doch kaum damit erreicht, und ohne eine eigne Person zur Agitation dürfte es unmöglich sein,

Krankenkassentag

Unter großer Beteiligung lagte am 23. und 24. November d. J. die 23. Jahresversammlung des Hauptverbandes deutscher Ortskrankenkassen in Leipzig. In der Eröffnungssitzung gab der Vorsitzende Frähdorf einen kurzen Rückblick auf die verflochtenen 25 Jahre seit Gründung des Verbandes. Am 25. November 1894 hatte die freie Vereinigung von Krankenkassen im Regierungsbezirk Wiesbaden eine Verammlung der deutschen Ortskrankenkassen nach Frankfurt a. M. einberufen mit der Tagesordnung: Gründung eines Zentralverbandes von Krankenkassen im Deutschen Reich. Unter Leitung des Verlagsbuchhändlers Eckle-Elberger (Wiesbaden) und des Buchdruckerelbsehers Lehmann (Dresden) wurde die Gründung des heutigen Hauptverbandes deutscher Ortskrankenkassen vorgenommen. Von den Anwesenden bei der damaligen Sitzung sind nur noch die Herren Direktor Ulemann (Leipzig) und Julius Frähdorf (Dresden) in der Ortskrankenkassenbewegung tätig. Bei dieser Sitzung wurden die Programmpunkte aufgestellt: Volle Unfallversicherung durch die Berufsvereinigungen vom ersten Tage des Unfalles ab oder doch vom Beginne der siebenten Woche nach dem Anlasse; Herabsetzung der fälligen Rücklagen bei den Krankenkassen von 10 auf 5 Proz. der Beiträge; Verstaatlichung der Arbeitgeber nach dem Strafgesetzbuch wegen Betrugs, sofern sie den Kassennachgelde Beiträge abziehen und nicht an die Krankenkasse abliefern; Erklärung der Beitragsrückstände als Vorzugsforderungen bei Konkursen und Ergreifung von Maßnahmen zur Einführung billiger und praktischer Arzneiverfahrenswesen. Die Bedeutung dieser Fragen wird auch jetzt von jedem Kassensachmann anerkannt. Leider müssen wir feststellen, daß es bis zum heutigen Tage noch nicht gelungen ist, diese Forderungen restlos zur Durchführung zu bringen.

Nach der Neuordnung im November v. J. sind nun eine ganze Anzahl Hemmnisse in der R.V.D. beseitigt, die der Krankenkassenbewegung bisher im Wege standen. Große und schöne Aufgaben sind uns zugeteilt und harren der Durchführung. Die Fürsorge für das heranwachsende Geschlecht ist durch das Gesetz über Wochenblüte den Krankenkassen zugeteilt. Die allgemeine Einführung der Familienversicherung muß im Interesse der Volksgesundheit durchgeführt werden. Diese Aufgaben erfordern aber große Mittel, die nur durch eine möglichst weitgehende Zusammenfassung aller Kräfte geschaffen werden können.

Den Geschäftsbericht des Verbandes erstattete der Geschäftsführer Helmuth Lehmann. Er erwähnte die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsministerium über die Erhöhung der Grundbeiträge von 10 auf 20 Mk. pro Tag sowie die Erweiterung der Versicherungsgrenze auf 10 000 Mark. Die Neuwahlen zu den Kassensorganen sollen möglichst im ganzen Reich zur selben Zeit stattfinden, und zwar im letzten Vierteljahre 1920. Leider haben die Verhandlungen über die feinerzeit in Aussicht gestellte Entschädigung für Aufwendungen an Kriegsbeschädigte keinen Erfolg gehabt. Das Reichsdarlehnsministerium hat auf das bestimmteste erklärt, daß das Reich weitere finanzielle Belastungen, wie die durch die Reichswochenblüte festgesetzte, nicht übernehmen kann. Auch über die schwebenden Steuerordnungen haben Verhandlungen fallgefallen. Klar gestellt ist, daß die Krankenkassen vom Reichsnotopfer befreit bleiben, dagegen sei die Frage der Erhebung der 1 1/2 Proz. Umsatzsteuer für eigene Unternehmungen der Krankenkassen noch nicht geklärt und bestände wenig Aussicht, daß hier eine Befreiung eintreten wird. Eine Belastung der Krankenkassen durch derartige Steuern wäre zu bedauern und liege nicht im Interesse der Volksgesundheit. Aus diesem Grunde wäre es nur zu wünschen, daß die Reichsfinanzverwaltung auf eine Befreiung dieser gemeinnützigen Abteilungen der Krankenkassen verzichte.

Aber die Verhandlungen mit dem Leipziger Ärzteverbande berichtete der Verbandsvorsitzende Frähdorf. Er stellte fest, daß das Verhältnis zu den Ärzten während des letzten Jahres sich etwas gebessert habe. Die Ärzte, die in früheren Jahren die politischen Gegner der Krankenkassenbewegung unterstützt hatten, seien in den Hintergrund getreten. Nach diesem Frontwechsel wäre der Weg zu einer tariflichen Regelung freigeblieben. In der Hand einer Vorlage über die zu schaffende Tariforganisation zeigte der Redner, wie weit die Verhandlungen mit den Ärzten gediehen seien. Nur über das Ärztesystem und über die Honorarfrage beständen noch weitgehende Meinungsverschiedenheiten. Die Ärzte fordern allgemeine Einführung der freien Arztwahl und einen Pauschalbetrag von 12 bis 15 Mk. pro Jahr und Kopf des Mitgliebes; weiter soll derselbe Betrag bei Einführung der Familienversicherung für jedes vorhandene Familienmitglied gezahlt werden. Die Durchführung dieser Forderung, in Verbindung mit der uneingeschränkten freien Arztwahl, würde den finanziellen Zusammenbruch der Krankenkassen ohne weiteres herbeiführen. Mit aller Entschiedenheit müsse daher erklärt werden, daß die Kassen gar nicht daran denken, überall die freie Arztwahl einzuführen und, derartige Honorare zu zahlen. Es könne den Kassen nicht zugemutet werden, sämtliche vorhandenen Ärzte anzustellen. Was in Kleinstädten mit wenigen Ärzten selbstverständlich ist, wird in Großstädten durch das Überangebot von Ärzten zur Unmöglichkeit. Stelle eine Kasse mehr Ärzte an, als notwendig ist, dann trete der Kampf um die Patienten ein, wodurch die Arztverfügung schlechter wird und die Kasse unnützige Ausgaben zu machen hat. Der Einwurf der Ärzte, daß sie zu niedrig bezahlt würden, sei nicht stichhaltig. Für ärztliche Handlungen haben die Kassen bisher anständig bezahlt und wollen dies auch in Zukunft tun. Die Konsultationen der Ärzte bekänden aber zu 60 Proz. nicht aus ärztlichen Leistungen, sondern zum

größten Teil aus Schreibebeit. Wenn ein Kassennmitglied infolge einer Erkrankung ein Schwilbäd oder Bristle von der Kasse unentgeltlich erhalten will, so muß es zum Arzt gehen, um eine Anweisung hierauf zu erhalten. In diesen Fällen kommt eine ärztliche Beratung gar nicht in Frage. Hieraus kommt aber die betrübende Tatsache, daß die Ärzte 50, 60, ja sogar 70 Personen in einer Sprechstunde abfertigen, was für den wirklich Kranken eine nicht zu unterschätzende Gefahr bedeutet. Auf Grund dieser Umstände muß eine andre ärztliche Verorgung verlangt werden. Wenn die Ärzte darauf hinweisen, daß die Kassenangestellten und andre Mitarbeiter 300—400 Proz. Kriegszuschlag erhalten haben, so sei dieser Hinweis irrelevant. Der Kassennachgelde, dessen Friedenslohn sich um diese Prozentsätze erhöht hat, sei immer noch nicht in der Lage, seine Bedürfnisse so zu decken, wie dieses vor dem Kriege der Fall war. Bei den verhältnismäßig geringen Gehältern der Kassenangestellten müßte eine derartige Erhöhung Platz greifen. Etwas anders sei es mit der Bezahlung des Arztes. Der Arzt sei nicht ausschließlich Angestellter der Kasse, sondern übe einen freien Beruf aus. Diese Privatpraxis bringe dem Arzt auch noch einen nicht unerheblichen Gewinn. Aus diesen Gründen müssen es die Kassennachgelde ablehnen, einem Arzt, der aus der Kassenpraxis 15 000, 20 000 ja 25 000 Mk. pro Jahr beziehe, das Honorar nach denselben Prozenverhältnissen zu erhöhen, wie den Kassennachgelde. Grundlag müsse auch bei Erhebung dieser Frage bleiben, daß der Bestand der Krankenkassen nicht gefährdet werde. Die Krankenkassenvorkände wären in der Lage, jederzeit von ihrem Posten zurückzutreten und werden dadurch in ihrer bürgerlichen Existenz nicht gefährdet. Anders liege es aber bei den Ärzten und den Krankenkassenangestellten. Komme es so weit, daß die Krankenkassen nicht mehr lebensfähig sind, dann werden die Ärzte und Angestellten in ihrer Existenz bedroht. Dies hätten bei den letzten Verhandlungen auch die Herren Dr. Hartmann und Dr. Wippe anerkannt und doch seien diese Forderungen gestellt. Nun sollen im Dezember die Verhandlungen weitergehen. Redner bittet um Vollmacht, daß der Vorstand nach vorheriger Zustimmung des Beirats mit den Ärzten ein Tarifabkommen auf zentraler Grundlage vereinbaren und abschließen kann.

In den Diskussion wandte sich Pollender (Leipzig) gegen die Forderung der Ärzte. Bei Annahme dieser Honorarfrage würden die Ausgaben für Arztbonorare bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse Leipzig von 2 auf 5 Mill. Mk. steigen. Diese Mehrausgabe könne die Kasse nicht tragen, wenn die freie Arztwahl in Leipzig nicht zur Unmöglichkeit werden soll. Dem Tarifabkomme könne nur dann zugestimmt werden, wenn die geforderten Sätze erheblich herabgemindert würden.

Der frühere Vorsitzende der Allgemeinen Ortskrankenkasse Frankfurt a. M., Unterstaatssekretär Graf, hielt den von Pollender gestellten Antrag für selbstverständlich. Beim Verhandeln werde sich immer ein Mittelweg zwischen Forderung und Angebot ergeben. Die Vertreter der Krankenkassen müßten sich aber damit abfinden, daß Gehälter gezahlt werden, die den jetzigen Zeitverhältnissen entsprechen. Ebenso, wie die neue Regierung die Bezüge der Staatsbeamten und Arbeiter erhöht habe, so müsse auch die Bezahlung aller andern Kreise eine zeitgemäße Ausgestaltung erfahren. Die Hauptforderung der Krankenkassen sei eine ordnungsmäßige ärztliche Verorgung. Die Ärzte müßten davon abgebracket werden, Kassennachgelde anders wie die Privatpatienten zu behandeln. In der Fürsorge für Volksgesundheit dürfe nur Qualitätsarbeit geleistet werden. Für Qualitätsarbeit müsse aber auch gute Bezahlung gewährt werden. In lastlicher und treffender Weise kritisierten noch weitere Redner die Forderungen der Ärzte und wiesen an der Hand von einwandfreiem Ziffermaterial nach, daß die Kassen schon heute Gehälter zahlen, wofür Qualitätsarbeit geleistet werden müßte. Diese Feststellungen unterstrich Frähdorf in seinem Schlussworte recht kräftig. Es wies besonders darauf hin, daß nach den Ausführungen des Herrn Graf hier der Ansehens erweckt werden könnte, als wenn die Kassen bisher Hungerlöhne gezahlt hätten, die die mangelhafte ärztliche Behandlung rechtfertigen könnten. Dilem gegenüber müsse ausdrücklich festgelegt werden, daß die bisher gezahlten Honorare den Zeitverhältnissen entsprechen könnten. Falls wäre es, wenn man hier den Grundlag aufstellte, daß der Arzt keine Behandlung nach dem Honorar einrichten dürfte. Wenn dem Arzt eine feiner Stellung entsprechende Bezahlung sichergestellt ist, so müsse man von ihm Qualitätsarbeit verlangen, ganz gleich, ob die Bezahlung für die Einzelbehandlung den Gehältern entsprechen oder nicht. Unter diesem Gesichtspunkte hat Redner, den Antrag Pollender, der den Vorstand beauftragt, „auf den Abschluß des geplanten Tarifvertrags nur unter der Bedingung einzugehen, daß die geforderten Tarifsätze eine erhebliche Serabhebung erfahren“, anzunehmen. Bis zum Abschluß der Verhandlungen sollen lokale oder bezirksweise Sonderverhandlungen mit den Ärzten abgehandelt werden, damit eine einseitige Regelung für das ganze Deutsche Reich stattfinden kann. Dieser Auffassung des Vorsitzenden stimmte die Jahresversammlung einstimmig zu.

Der Geschäftsführer des Hauptverbandes, Helmuth Lehmann, sprach über die „Umgestaltung des Reichsversicherungsordnungs“. Das deutsche Volk ist krank aus dem Kriege hervorgegangen. Um diese Wunden zu heilen, ist es notwendig, daß die sozialen Einrichtungen erhalten und zweckentsprechend umgestaltet werden. Zu einer grundlegenden Umgestaltung sind aber große Mittel erforderlich. Hierüber verfügt das deutsche Volk und das Deutsche Reich zur Zeit nicht. Aus diesen Gründen soll versucht werden, mit den bestehenden Einrichtungen die größtmögliche

nur einigermassen Ersparliches und für die Provinzhilgen Dienliches zu schaffen. Auch liegt die Gefahr nahe, daß infolge anhaltender Bureauarbeit der hierzu angestellte Stollge der Anstalt entzogen wird und die Sache wieder in denselben Geleise ins wie zur Zeit.

In dem erwähnten Artikel macht es sich der Schreiber leicht, indem er einfach erklärt: „eine Bezirksintention ist für Bayern unüblich“. Das Warum und Wieso schenkt er sich einfach. So kann man jeden Satz aufstellen, wenn man die Begründung nicht zu erbringen braucht. Wir sind in der Frage der Bezirksintention für Bayern anderer Meinung. Seit Monaten mit dem Gauvorsitz in engster Fußlungnahme wegen besserer Agitation für die Provinz sind wir der Ansicht, daß auch für Bayern eine Bezirksintention möglich und von Vorteil für die Provinz sei. freilich muß die Sache infolge der eigenartigen Lage anders gemacht werden wie im übrigen Deutschland. Vor allem kommen räumlich kleine Bezirke nicht in Betracht, da die Drucorte zu weit voneinander liegen. Um Ersparliches leisten zu können, müßte jeweils am Orte der Tarifintention (Schiedsgericht und Arbeitsnachweise) ein Bezirksvorsitz sein, der seinen Bezirk auch agitational vertritt. Dies würde ein Aufstellen des Gaues in fünf Bezirke bedeuten, die freilich räumlich noch ziemlich ausgedehnt wären, aber höchstens 500—600 Mitglieder und nicht allzuweit Drucorte zählen würden. Natürlich müßte in absehbarer Zeit für die Agitation ein Kollege angestellt werden, denn im Nebenamt dürfte es auf die Dauer auch bei größtem Idealismus nicht zu machen sein. Auf diese Weise könnte aber selbst in die kleinsten Drucorte Aufklärung hinausgetragen werden, und wenn auch kein großer Gewinn an Mitgliedern zu erwarten ist, so ist doch die Erhebung der Mitglieder ein Gewinnposten, der nicht unterschätzt werden darf. Enge Fußlungnahme der Mitglieder und Einzelmitglieder in zwei bis dreimaligem Zusammentreffen fördert die Mitwirkung des Bezirksvorsitzes bei allen Fragen tariflicher und organisatorischer Natur, Nachhilfe, wo die Kollegen den Prinzipalen nicht gewachsen sind, und sonstiges mehr, würde durch diese Einrichtung für die Provinzhilgen geschaffen. Es ist leider so, daß die einzelstehenden Mitglieder wohl die Gauorgane erhalten, aber nicht den nötigen Mut oder das Geschick haben, bei der Geschäftsführung ihr Recht zu beanspruchen. Es kommt eben in Betracht, daß es a. Z. Kollegen sind, die noch wenig oder keine gewerkschaftliche Schulung haben und noch nie in andern Orten in Arbeit standen. Gerade jetzt steht eine große Anzahl Kollegen in der Provinz, die noch nie in persönlichen Verkehr mit Kollegen anderer Drucorte gekommen sind.

Was die Kostenfrage anbelangt, die ja wohl eine ziemlich Rolle spielen dürfte, so käme hier in Frage, daß ein Teil durch die Bezirksbeiträge, ein Teil durch die Verwaltungsprogenz und ein Teil, und hierzu müßte die Generalversammlung des Verbandes Stellung nehmen, durch die Verbandskasse aufgebracht werden. Wie in allen andern Organisationen, muß auch der Verband dazu übergeben, Mittel zu gewähren, um Aufklärung für die in die Provinz verflochtenen Kollegen zu schaffen. Die Kollegen, die sich nie in ein so kleines Netz verloren haben, können es nicht ermaßen, was es heißt, abgeschritten vom kollektiven Leben, ohne Möglichkeit, mit Kollegen zusammenzukommen, monatelang, ja jahrelang zu arbeiten. Da wundert man sich dann, wenn ein solcher Kollege oft noch mit seinen Anschauungen soweit zurück ist. Gewiß ist ihm durch den „Korr.“ die Möglichkeit geboten, sich auf dem laufenden zu halten, aber wo die Anregung fehlt, verliert sich das Interesse von selbst; es muß wachgehalten werden, das steht man schon in größeren Mitgliederklassen.

Darum muß auch in Bayern daran gegangen werden, etwas zu schaffen, wodurch diese Einzelmitglieder zu vollwertigen Mitgliedern erziehen werden. Daß hierzu auch der Verbandsvorstand sein Scherlein beitragen wird, steht außer Zweifel, denn es genügt nicht, daß über 90 Proz. aller Buchdrucker zahlende Mitglieder sind, sondern es muß auch getrachtet werden, jeden einzelnen dazu zu erziehen, daß er allzeit seiner Menschenwürde eingedenk und ein vollwertiges Mitglied unrer Organisation ist.

Noch eines möchte ich kurz erwähnen: Es wird von selten des Gaues die Bildung kleiner Bezirke propagiert und sind solche zum Teil schon gegründet; daß solche Bezirke praktisch wenig Wert haben, bedarf keiner großen Begründung. In zehn bis zwölf Drucorten 50 bis 60 Mitglieder, dazu die Personenzfrage, die in kleinen Drucorten sehr schwierig ist. Wenn auch oft momentan ein stichtiger Kollege vorhanden ist, aber wenn ein Wechsel eintritt, was dann? In einem größeren Ort ist eine größere Anzahl geschulter und williger Kollegen vorhanden und ist Ersatz leichter möglich. Auch muß der Vorort in der Lage sein, alle Interessen des Bezirks zu vertreten, und dies kann wiederum eine größere Mitgliedschaft mit über 200 Mitgliedern besser und nachdrücklicher, als ein Drucort mit vielleicht 20 Mitgliedern. Ja, wenn in Bayern ein drittes Netz von Drucorten vorhanden wäre, wären die räumlich kleinen Bezirke vorzuziehen. Aber nach dem Stande der Dinge können solche nicht in Frage kommen, wenn ersparliches gearbeitet werden soll. Wir glauben, daß diese Frage bei der Generalversammlung d. Z. B. besonders und insbesondere den nächsten bayrischen Gaukongress beschäftigen dürfte.

Wenn wir auch nicht glauben, das Ei des Kolumbus in der Frage der Agitation im Gau Bayern gefunden zu haben, so sind wir doch der Ansicht, daß unter Vorbehalt nach Lage der Dinge den Verbältnissen am besten Rechnung trägt und den Gau in ungeteilter Größe behält. Fern von allen Persönlichkeiten haben wir unsere Stellungnahme präzisiert und wünschen, daß diese Anregung befruchtet, auch in Bayern für die Provinz Ersparliches zu wirken. Für den Ortsverein Regensburg, S. M. M. Schindler.

Wirkung zu erzielen. Wir fordern daher eine baldige Umgestaltung der Sozialversicherung und der Wohlfahrtspflege, die dem sozialen Charakter des neuen Deutschen Reiches gerecht wird und den Wiederaufbau der deutschen Volkshilfe gewährleistet. Zu diesem Zweck muß eine Ausgestaltung der Leistungen, eine Umänderung des Institutes der Versicherung, eine Vereinfachung der Verwaltung und eine Neuordnung der Beziehungen und Zusammenarbeit aller Versicherungsträger geschaffen werden. Als hauptsächlichste Programmpunkte für diese grundlegende Änderungen gelten: Verbesserung der Wochenhilfe, Einführung einer Familienkrankenpflege, Neuordnung der hausgewerblichen Krankenversicherung auf örtlicher oder bezirksweiser Grundlage, Versicherung der selbständigen Gewerbetreibenden und der Erwerbslosen, Wegfall aller Ersatzen, Verbesserung der Arbeitslosen, Abgabe aller Sonderbeiträge auf sonstiger Hilfsmittel durch die Krankenkassen, Abbau der Kosten des Malts und vorbeugenden Sanitätsdienstes auf die Unfall- und Invalidenversicherung und Einschränkung der Ersatzen für die Armenverbände, Neben diesen Verbesserungen der Reichsversicherungsordnung ist die Umgestaltung der Organisation der Krankenkassen anzustreben.

In den gedruckt vorliegenden Vorschlägen für die Änderung der RVD, waren als Träger der Krankenversicherung vorgehoben: Allgemeine Ortskrankenkassen und Betriebskrankenkassen. Letztere nur unter der Voraussetzung, daß sie mindestens 10000 Mitglieder in Orten über 100000 Einwohnern und 5000 Mitglieder in Orten unter 100000 Einwohnern haben sollen. Dieses Entgegenkommen gegenüber den Betriebskrankenkassen hätte bei den Vertretern der besonderen Ortskrankenkassen heftigen Widerspruch hervorgerufen. Der Beirat hat dann auch in seiner Sitzung am Tage vorher für diese Entscheidung des Hauptvorstandes kein Verständnis bekundet. Er stellte sich auf den Standpunkt, daß die Einkassierung zu erstreben ist und daher auch prinzipiell gefordert werden sollte, "ebne aber die einseitige Begünstigung der Betriebskrankenkassen ab und erklärte, falls bei der Neuordnung Betriebskrankenkassen weiter bestehen bleiben, so sei es selbstverständlich, daß besondere Ortskrankenkassen unter denselben Bedingungen zugelassen werden müßten. Der Vorsitzende Gräßdorf gab namens des Hauptvorstandes und des Beirates eine derartige Erklärung ab, wodurch eine Diskussion über diese Frage verhindert wurde. Von dem Vorsitzenden der Landesversicherungsanstalt Oldenburg, Geheimrat Piffmann, wurde bemängelt, daß die vorliegenden Änderungsanträge einseitig vom Hauptvorstand aufgestellt seien, ohne vorher mit Sachverständigen der Landesversicherungsanstalten durchberaten zu sein. Eine gute Krankenfürsorge sei die beste Vorarbeit gegen Sozialität. Aus diesem Grunde hätten die Landesversicherungsanstalten ebenfalls ein großes Interesse an einer Neuordnung der Krankenfürsorge. Auch über die Festlegung der Beiträge für die einzelnen Versicherungsträger müsse eine Verständigung herbeigeführt werden, da auch die Leistungsfähigkeit der Arbeitnehmer und Arbeitgeber bezüglich der Beitragszahlung eine Grenze habe. Er würde empfehlen, die Vorschläge nochmals mit Vertretern der Landesversicherungsanstalten durchzubearbeiten.

Hierauf wurde einstimmig beschlossen, die von der eingesehnen Kommission aufgestellten Vorschläge zur Abänderung der Reichsversicherungsordnung der Reichsregierung als Material zu überweisen.

Am zweiten Beratungstage wurde der Antrag des Vorstandes angenommen, die Verbandsbeiträge von 1 Pf. auf 1 1/2 Pf. pro Mitglied zu erhöhen und den Bezugspreis der Vereinschrift "Ortskrankenkasse" auf 18 Mh. pro Jahr festzusetzen.

Hierauf erstattete Herr Schölich (Breslau) Bericht über die Verhandlungen zur Schaffung einer Tarifgemeinschaft mit dem Zentralverband der Angestellten. Der Redner wies darauf hin, daß die durch den Krieg eingetretene Entwertung des Geldes eine Neuordnung der Verdienstverhältnisse der Angestellten bei Krankenkassen notwendig gemacht hat. Die im Tarifverträge von 1912 festgelegten Sätze sind während des Krieges durch Teuerungszulagen zum Teil verdoppelt und verdreifacht worden. Um nun eine Ordnung in diese Wirris hineinzu bringen, sei es notwendig, die Gehaltsfrage zu regeln. Leider wurden die durch den Krieg geklassierten Verhältnisse seit dem November 1918 von einigen Elementen in der Angestelltenbewegung benutzt, um ständige Unruhe hervorzurufen. Wie überall, so seien in der Angestelltenbewegung gerade diejenigen Kreise am radikalsten, die vor Ausbruch der Revolution für die Berufsorganisation kein Interesse gehabt hätten. Die fortgesetzt gestiegenen Forderungen auf Abschaffung von Beschlagnahme- und Entschädigungszulagen hätten die vom Hauptverband mit dem Zentralverband der Angestellten gepflegten Verhandlungen immer wieder aufs neue gestört. In einigen Städten sei sogar mit dem Streik der Angestellten gedroht worden. Dieses Vorgehen müsse eine entschiedene Zurückweisung erfahren. Wenn die Angestellten der Krankenkassen durch den Tarifvertrag und die Dienstordnung eine dauernde Anstellung erlangen sowie Pension und Hinterbliebenenversorgung nach den für die Gemeindebeamten festgelegten Bestimmungen fordern, so sei es unerlässlich, wenn sie bei jeder Gelegenheit sofort mit Arbeitslosenüberlegung drohen. Unter den heutigen Verhältnissen ist eine derartige gewerkschaftliche Haltung unangebracht. Ihre Angestellten haben keine Verantwortung, ihre Forderungen mit Streikandrohungen zu begleiten, da durch die Bestimmungen des Reichsarbeitsministeriums und durch die bestehenden Berufsorganisationen genügend vorgeführt ist, daß beide Teile im Verhandlungswege zu ihrem Rechte kommen. Eine Mittelgruppe, die durch ein festes Anstellungsverhältnis und durch Aufgehalt und Hinterbliebenenversorgung sonstigen Berufsqualifikation erlangt

hat, müsse bejourneter vorgehen. Derartige Handlungen beunruhigen die Vorstände und auch weite Kreise der Mitglieder. Die bisherigen Verhandlungen hätten eine Verständigung über die allgemeinen Fragen des Tarifrechts, nur die Lohnfrage habe eine Klärung noch nicht gefunden. Die Angestellten sollen in vier Gruppen eingeteilt und das Gehalt nach drei Ortsklassen festgelegt werden. Hierbei wären Mindestgehälter vorgehoben, die durch jährliche Zulagen in 13 Jahren um 50 Proz. erhöht würden. Neben diesen Gehältern seien dann noch Teuerungszulagen vorgehoben. Die Anfangsgehälter sollen betragen:

Ortsklasse	Gruppe			
	A	B	C	D
I in Orten über 50000 Einw.	3300	3000	2700	2400
II " " von 10 bis 50000 Einwohnern	3150	2850	2550	2250
III " " unter 10000 Einw.	3000	2700	2400	2175

Hierzu kämen noch folgende Teuerungszulagen:

Ortsklasse	Gruppe			
	A	B	C	D
I in Orten über 50000 Einw.	2100	1800	1500	1200
II " " von 10 bis 50000 Einwohnern	1650	1350	1050	750
III " " unter 10000 Einw.	1200	900	600	300

Bei Berechnung der Dienstalterszulagen ist den Kriegsteilnehmern die Kriegsrentenzeit voll anzurechnen. Beim Vergleich dieser Sätze mit den in der Industrie gezahlten Löhnen dürfen nicht die Anfangsgehälter in Anrechnung gebracht werden, sondern es sei zu berücksichtigen, daß die Angestellten zum großen Teil ihrer Dienstzeit bereits zurückgelegt haben und dementsprechend auch ein höheres wie das Anfangsgehalt beziehen. Unter Zugrundelegung dieser Durchschnittssätze würde das Gehalt in Ortsklasse I für Lohngruppe A betragen: 3300 + 1104 + 2100 = 6504 Mh. Arbeitszeit beträgt täglich 7 1/2 Stunden, Sonnabends 6 Stunden und Neujahr 5 Stunden. Weiter wurden im Tarifverträge die Einküßigung der Zahlgehalt, die Bezahlung der Überstunden und die Gewährung von Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung geregelt. Die Dauer des Urlaubs ist wie folgt bemessen: nach einem Jahre 6 Tage, nach dem zweiten Jahre 12 Tage und mit jedem weiteren Dienstjahre nach vollendetem 21. Lebensjahre verlängert sich der Urlaubzeit um je zwei Tage bis zu 18 Arbeitstagen. Bei Krankheiten und sonstigen Behinderungen, die ohne ihr Verschulden eintreten, wird der volle Gehalt für sechs Monate weitergezahlt. Bei zeitweiliger Dienstbehinderung wegen Ausübung öffentlicher Ämter, insbesondere als Abgeordneter gesetzlicher Körperschaften, als Schöffen oder Geschworenen wird das Gehalt auf die Dauer von sechs Monaten in jedem Jahre fortgezahlt. Die erforderliche Zeit zur Ausübung solcher Ämter ist zu gewähren.

Nach fünfjähriger Anstellung ist ein Anspruch auf Ruhegehalt und Hinterbliebenenfürsorge nach den Sätzen der Kommunalbeamten zu gewährleisten. Stirbt der Angestellte während der Dauer des Vertrags, so haben seine unterhaltspflichtigen Angehörigen Anspruch auf Gehalt bis zum Ablauf der auf den Sterbemonat folgenden zwei Monate. Der Reichsausschuß der Krankenkassenangestellten im Zentralverband der Angestellten hat betreffs der Gehälter folgende weitgehende Anträge gestellt:

Ortsklasse	Gruppe			
	A	B	C	D
I in Orten über 100000 Einw.	3900	3600	3300	3000
II " " von 50 bis 100000 Einwohnern	3300	3000	2700	2400
III " " von 10 bis 50000 Einwohnern	3150	2850	2550	2250
IV " " unter 10000 Einw.	3000	2700	2400	2175

Diese Anfangsgehälter steigen innerhalb 13 Jahre um 50 Proz.

Die Teuerungszulagen müßte mindestens betragen:

Ortsklasse	Gruppe			
	A	B	C	D
I in Orten über 100000 Einw.	2100	2100	2100	2100
II " " von 50 bis 100000 Einwohnern	2100	2000	1800	1800
III " " von 10 bis 50000 Einwohnern	1800	1650	1500	1500
IV " " unter 10000 Einw.	1500	1350	1200	1200

Zu dieser Forderung habe der Vorstand noch keine Stellung nehmen können. Es wird daher notwendig sein, daß die diesmalige Jahresversammlung den Vorstand und den Beirat beauftragt, auf Grund der neuen Forderung mit dem Zentralverband zu verhandeln. Hoffentlich kommt es hierüber zu einer Einigung, damit wieder Ruhe und Ordnung und ein besseres Arbeiten in den Verwaltungen eintritt.

Der Vorsitzende des Zentralverbandes der Angestellten, Oebel (Berlin), war mit den Ausführungen des Vorredners nicht einverstanden. Die Konflikte wären durch das ungenügende Entgegenkommen des Vorstandes des Hauptverbandes entstanden. Aus diesem Grunde seien die Ausführungen des Herrn Schölich deplaciert. Die Hof der Angestellten ist sehr groß, daher sei es verständlich, wenn der Anwalt zum Durchbruch gekommen ist und Erlösungen eingetreten sind. Mit der Pensionsversicherung und der festen Anstellung haben die Angestellten ihr Streikrecht nicht aufgegeben. Wenn die Klassenverhältnisse streiks verbinden wollen, so müße das soziale Verhältnis und das Entgegenkommen ein besseres werden. Esolang dieses nicht zu verzeichnen sei, könne der Zentralverband der Angestellten auch keine Garantien übernehmen, daß Erlösungen nicht eintreten werden. Die

vom Reichsausschuß der Krankenkassenangestellten erweiterte Forderung sei durch die wirtschaftlichen Verhältnisse bereits wieder überholt. Aus diesem Grunde habe er den Antrag, eine Erhöhung der Grundlöhne unter Beibehaltung der Teuerungszulagen zu fordern. Die Angestellten erwarten von der Verammlung, daß sie die folgenden Vorschläge akzeptiert. Es wird verlangt:

Ortsklasse	Gruppe			
	A	B	C	D
I in Orten über 100000 Einw.	7800	7500	6900	6300
II " " von 50 bis 100000 Einwohnern	7200	6600	6000	5400
III " " von 10 bis 50000 Einwohnern	6600	6000	5400	5100
IV " " unter 10000 Einw.	6000	5400	4800	4400

Wenn die heutige Verammlung einwärtel zum Ausdruck bringen würde, daß die berechtigten Wünsche der Angestellten anerkannt werden, dann dürfte man sicher damit rechnen, daß die Erwartungen des Vorredners eintreten würden.

Gräßdorf begriff, daß der Grund zu Konflikten im mangelhaften Entgegenkommen des Hauptverbandes gelegen habe. Er habe unter dem alten Regime stets klar und deutlich seine Meinung nach rechts gesagt und scheue sich auch nicht, diese heute nach links zu befähigen. Reicht wäre es, hier weitgehende Anträge zu stellen, doch bliebe zu prüfen, ob solche Anträge das Zustandekommen der Tarifvereinbarung gefährden. Des erlaube ihm aber mit Rücksicht auf die Stellungnahme des Herrn Oebel sehr wahrscheinlich. Derartige gewerkschaftliche Prinzipien erschweren eine Verständigung ganz ungem. Selbst wenn die Forderungen heute bewilligt würden, so seien die Klassenmitglieder nicht gesichert, daß in vier Wochen schon wieder neue Forderungen gestellt würden. In dem Tempo, wie die Organisation der Angestellten ihre Forderungen stelle, könne man nicht folgen. Auch die Beträgerübungen in den Krankenkassen hätten ihre Grenzen, daher müsse recht ernstlich geprüft werden, daß die Kosten der Verwaltungen nicht ins Ungemessene steigen. Mit allem Nachdruck müsse er aber erklären, daß die Angestellten der Krankenkassen als Arbeiter in lebenswichtigen Betrieben solange kein Streikrecht hätten, wie noch ordnungsmäßige Verhandlungswege beständen. Die Spielereien mit dem Feuer müßten aufhören. Auch die Angestellten hätten ein Interesse an dem Fortbestehen der Krankenkassen, daher bleibe es Selbstmord treiben, wenn sie den Akt abgäben, auf dem sie ständen. Auch die Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit unter acht Stunden täglich könne seinen Beifall nicht finden. Das deutsche Volk habe die Verpflichtung zu arbeiten, denn nur Arbeit könne uns aus dem vorhandenen Elend herausbringen. Diese Anschauung müßten die Angestellten in Krankenkassen, als Teil des ganzen Volkes, sich ebenfalls zu eigen machen. Eins wolle er aber den Herrschaften zu bedenken geben: Wenn der Betrieb in den Ortskrankenkassen durch Streiks lahmgelegt würde, so müße man damit rechnen, daß die Schutzbestimmungen für die Angestellten in der Reichsversicherungsordnung einer Revision unterzogen würden, was vielleicht nicht den Wünschen der Angestellten entsprechen würde. Wer alle diese Momente in Betracht ziehe, werde zu der Überzeugung kommen, daß die rohe Diktatur einer Seite keine befriedigende Lösung bringen könne, sondern daß wir nur in gemeinsamer Zusammenarbeit auf dem Verhandlungswege zu einer Verständigung kommen könnten. Der Redner schlug daher vor, den Vorstand des Hauptverbandes mit weiteren Verhandlungen zu beauftragen.

Nach diesen Ausführungen entspann sich eine lebhafteste Aussprache, in der einige Redner darauf hinwiesen, daß die Verhandlungen nicht nur mit dem Zentralverband der Angestellten zu führen seien, sondern daß auch andere Angestelltenverbände mit hinzugezogen werden sollten. Gegen diese Forderung wandte sich Oebel ganz entschieden. Er erklärte, daß es keine Organisation abgäbe, sich mit bedeutungslosen Verbänden an den Verhandlungstisch zu setzen. Schließlich wurde folgende Resolution gegen wenige Stimmen angenommen:

Der 25. Deutsche Ortskrankenkassentag in Leipzig 1919 stimmt dem vorliegenden, von dem Vorstand im Einvernehmen mit dem Verbande der Bureauangestellten aufgestellten Tarifentwurf zu. Ziffer 5 des Vertrags tritt aber erst in Kraft, wenn auch seitens des Verbandes der Bureauangestellten die Zustimmung zu diesem Entwurf erfolgt ist. Die dem Hauptverband angeschlossenen Unterverbände und Klassen sind verpflichtet, von allen Verhandlungen, Abschlüssen oder Durchbrechungsversuchen dieses Vertrags dem Vorstande sofort Kenntnis zu geben. Der Vorstand wird beauftragt, weitere Verhandlungen mit dem Verbande der Bureauangestellten zu führen, um auch über die Gehaltsfrage eine Verständigung zu erzielen. Nach Schluß der Verhandlungen wird durch den Vorstand unter Hinzuziehung des Beirates der Zeitpunkt für die Inkraftsetzung des Vertrags festgelegt.

Direktor Albert Kohn (Berlin) berichtete hierauf über eine Vereinbarung mit den Landesversicherungsanstalten, nach welcher ein besseres Zusammenarbeiten der Landesversicherungsanstalten mit den Krankenkassen bei Übernahme des vorbeugenden Selbstversichers erzielt werden soll. Die gedruckt vorliegenden Leitsätze wurden einstimmig angenommen.

Aber die Arzenei- und Hilfsmittelversorgung der Krankenkassen wurden vom Geschäftsführer Lehmann Leitsätze vorgelesen. Hierin kam zum Ausdruck, daß die Sozialisierung der Apotheken nur dann zu einer Verbilligung der Arzneiverforgung führen kann, wenn die Sozialisierung der chemischen Industrie vorausgegangen ist. Bis dahin soll angestrebt werden, daß die Klassen die Sand-

verkaufsfähiger, Verbandsstoffe sowie Stärkungsmittel selbst abgeben und durch Schaffung eigener Einkaufsstellen eine Verbilligung herbeiführen. Eine durchgreifende Änderung des Apothekenwesens müsse vornehmste Aufgabe der Geseßgebung sein.

Nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten war die reichhaltige Tagesordnung erschöpft. O. W.

□ □ □ Rundschau □ □ □ □

Nachahmenswerte Belpiele. In Gemenitz bewilligte die „Allgemeine Zeitung“ dem gesamten technischen Personal eine Wirtschaftsbefähigung, und zwar 200 Mk. den Beihilfeten und 100 Mk. den Unverheirateten. — In Luffingen (Württemberg) gewährte die Böfingersche Buchdruckerei („Grünz-Bote“) den Gehilfen eine einmalige Wirtschaftsbefähigung, und zwar den Beihilfeten 200 Mk. und den Ledigen 150 Mk. — Die Druckerei des Deutschen Holzarbeiterverbandes in Berlin hat ihrem Gesamtpersonal eine Ertragsverteilung von durchschnittlich 10 Mk. bewilligt, und zwar rückwirkend vom 1. November.

Buchdrucker in öffentlichen Diensten. In Wald (Rheinland) wurde Kollege Gustav Lange als Stadtverordneter und als unbesoldeter Beigeordneter gewählt. — In Danzig wurden die Kollegen Max Knud und Paul Matwald als Schöffen für das Jahr 1920 gewählt.

Neuere Presse und Lieferfristen für Sechsmaschinen. Nach Veröffentlichungen in Nr. 49 der „Zeitschrift“ berechnet die Mergenthaler Sechsmaschinenfabrik für einen Doppeldecker jeht 28000 Mk. zuzüglich 75 Proz. Feuerungszuschlag und fordert die Anerkennung einer Lieferfrist von 300 Arbeitstagen. Es heißt demnach eine Sechsmaschine, die erst in einem Jahre geliefert werden kann, 45500 Mk.

Ausfuhrverbot für Druckpapier. Nach der Bekanntmachung des Reichswirtschaftsministers über Sondergerichte gegen den Schleichhandel (sogenannte Wuchergerichte) ist auch Druckpapier als lebenswichtiger Artikel im Sinne dieses Gesetzes bezeichnet worden. Die Ausfuhr von Druckpapier ist somit verboten.

Falschmünzerei ausgebrochen. In Essen wurde ein Druckerbetrieb, in welchem falsche 50- und 20-Mark-Scheine hergestellt wurden, entdeckt, die Täter kamen in Haft.

Vom Lebensmittelmarkendefraudant zum Mörder. Der Besitzer der „Friedländer Zeitung“ in Friedland (Medienburg) Walter hatte von dem bei ihm gedruckten Lebensmittelmarken größere Mengen zurückbehalten und für sich verwandelt. Gelegentlich einer Hausdurchsuchung ist diese Sache bekannt geworden und der Einwohnerlichkeits-Friedlands bemächtigte sich kurze Erregung. Die Arbeiter stürmten die Druckerlei und demolierten sie. Walter wurde von den Demonstrierenden bedroht und erlitt einen Arbeiter. Ein anderer, der schwer verletzt wurde, starb noch an demselben Tage. Die Menge schlug dann drei Handwerker, die auch in die Angelegenheit verwickelt sind, die Scheiben ein. Der medienburgische Staatsminister begab sich im Automobil nach Friedland und veranstaltete eine große Volksversammlung, und es gelang ihm, die Bevölkerung zu beruhigen. Walter und Sohn sind gestrichelt.

Stimmen über die Millimeterberechnung. Im „Zeitungsvorlag“, der bisher die Einführung der Millimeterberechnung für die Anzeigen immer heftig befürwortete, werden neuerdings Stimmen laut, die sich gegen diese Berechnungsart wenden. Durch das Einfließen der Matrizen beim Stereotypieren büßen nämlich die Inkerenten bei großen Anzeigen teils einige Millimeter ein, die sie natürlich nicht bezahlen wollen. Zwar haben sich viele Zeitungen darauf zu sichern gesucht, daß sie Differenzen bis zu 2 mm nicht berücksichtigen; bei größeren Anzeigen beträgt die Differenz aber mehr als 2 mm. Aber selbst die geringe Differenz bis zu 2 mm wird auf die Dauer z. B. von ständig inkerentierenden Firmen nicht getragen werden, denn niemand bezahlt gern mehr, als der wirkliche Raum einer Anzeige beträgt. Und so muß denn wohl oder übel auch der „Zeitungsvorlag“ zugeben, daß die frühere Berechnung nach Zellen immer noch zuverlässiger war. Wir haben vom Gehilfenstandpunkt aus die Millimeterberechnung noch nie befürwortet, schon aus dem einfachen Grunde, weil es für den Seher immer eine unnötige Zeitverschwendung ist, wenn er eine Anzeige, die in Millimetern angegeben ist, erst in Cicero oder Peiß bzw. Nonpareille umrechnen muß. Schneller als wir dachten, ist nun auch den ständigen Befürwortern der Millimeterberechnung ein Licht aufgegangen, daß nicht alles Neue und für den Prinzipalsächsel Vorteilhaft auch stets gut und praktisch ist.

Briefkasten

S. Sch. in S.: Dank und Gegengruß. — **O. A. in Neustädt:** Paul Eingangsbuch gibt kein Bericht von dort ein. — **A. K. in Ulm:** In der nächsten Nummer. — **E. J. in Wanne:** Die Streichung der betreffenden Firma aus dem Tarifverzeichnis wird vom Tarifamt veröffentlicht werden. Eine besondere Warnung erscheint auch am deswillen überflüssig, weil grundsätzlich jedes Verbandsmitglied vor Annahme einer Kandidatur Grundfragen beim zuständigen Gewerkschaft einzuheben muß. — **G. R. in Danzig:** Ist eingegangen, jedoch vorläufig keine Zeit zur Prüfung und Be-

urteilung. — **Artus:** Da die Sache in der betreffenden Verammlung nicht richtiggeklärt wurde, erbitte ich eine besondere Stellungnahme; jedoch werden wir uns die Wahrheitsliebe dieses jungen Mannes für später merken. Dank und Gruß! — **A. A. C. M. u. m. in Aarlsruhe:** Ihnen und den übrigen ehemaligen Rheinland-Ländern Dank und Gruß in gleicher Bestimmung. Leider nicht mehr „wie lustig“. — **G. W. in J.:** Nr. 140 wird Ihnen durch das hiesige Zeitungspostamt nochmals zugehellt. — **S. B. in Frankfurt:** 2,80 Mk.

□ □ □ Verbandsnachrichten □ □ □

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissoplatz 511. Fernsprecher: Amt Aurlst. Nr. 191.

Leipzig. Die Drucker Max Seibel, geb. in Falkenstein 1892, ausgl. dal. 1911; Adolf Wenzel, geb. in Leipzig-Connewitz 1881, ausgl. in Leipzig 1900, werden hiermit aufgefordert, sich innerhalb 14 Tagen im Gewerbeamt zu melden.

Adressenveränderungen
Chemnitz. (Maschinenmeisterverein.) Vorsitzender: Richard Schulze, Nürnbergstraße 3 IV.
Köln. Vorsitzender: Paul Richter, Fürstberger Straße 50 pl.; Kassierer: Heinrich Sellig, Markt 7.

Zur Aufnahme gemeldet
(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigelieferte Adresse):
Im Gau Dresden 1. der Seher Hermann Graf, geb. in Großmergthals 1835, ausgl. in Wornsdorf 1903; 2. der Schmeißer Hans Götzel, geb. in Dresden 1898, ausgl. dal. 1916; waren schon Mitglieder. — **S. Steinbrück** in Dresden, Mahldienstraße 7 I.

Verammlungskalender

Berlin. Nationalmaschinenmeister-Vereinsversammlung Sonntag, den 14. Dezember, nachmittags 2 Uhr, im „Graphischen Vereinshaus“, Alexanderstraße 44.
Chemnitz. Maschinenmeister-Vereinsversammlung Sonntag, den 14. Dezember, vormittags 10 Uhr, in den „Drei Raben“, Brüderstraße.
Köln. Maschinenmeister-Vereinsversammlung Sonntag, den 20. Dezember, im Restaurant Eberle.
Potsdam. General-Vereinsversammlung Sonntag, den 13. Dezember, abends 8 Uhr, im „Adliges“, Alte Köpenicker Straße 18.
Worms. Vereinsversammlung Freitag, den 12. Dezember, im kleinen Saale des „Volksheules“.

Aus dem Inhalte dieser Nummer:
Artikel: Gau Mittelrhein. — Zur Zeitung des Gauwes Bayerns. — Krankehaltentag.
Rundschau: Nachahmenswerte Belpiele. — Buchdrucker in öffentlichen Diensten. — Neuere Presse und Lieferfristen für Sechsmaschinen. — Ausfuhrverbot für Druckpapier. — Falschmünzerei ausgebrochen. — Vom Lebensmittelmarkendefraudant zum Mörder. Klagen über die Millimeterberechnung.

Sechsmaschinenbeheizung

mittels Azeblen-Entwicklungs-Automat mit neuesten regulierbaren Brennern für alle Typen von Sechsmaschinen sowie für die Stereotypie richtet ein unter garantierter taubelöser Funktion

S. Bultgereich, Eisenach, Telephon 590.

Tarifkreis II

Sonnabend, den 29. Dezember, abends 7 Uhr, im „Gartenloch“ zu Aina:
Verammlung der tariffreien Gehilfen des Kreises II
Tagesordnung: 1. Bericht über die Verhandlungen des Tarifausschusses der Deutschen Buchdrucker. 2. Aussprache. 3. In dieser Verammlung werden die tariffreien Gehilfen des Kreises II durch freundschaftlich eingeladen.
Carl Albrecht, Gehilfenvertreter.

Motivenshaft „Typograph“

Die Zeitschrift des Stenografenverbandes Stolze-Schrey schrieb: Ein Vorzug des Systems Scheithauer muß unumwunden anerkannt werden: die leichte Erlernbarkeit. Die ungewöhnliche, geradezu auf der Hand liegende Einfachheit des Systems Scheithauer... Ferdinand Schrey (Gründer von Stolze-Schrey) urteilt („Neuwacht“ 2/19): „Wir dürfen uns doch nicht verhehlen, daß es nicht so sehr leicht ist, unser System Stolze-Schrey richtig zu schreiben. Ich erhalte täglich viele Tutzende von Zuschriften in unserem System, zum großen Teil von Gebildeten, fehlerfrei sind wenige darunter!“ — Vom System Scheithauer sagt Herr Schrey („Neuwacht“ 1/19), daß es „... doch nicht nur als Durchschnit, sondern auch als Höchstleistung mindestens das gleiche leistet wie das System Gabelberger!“ — Darum verlangt Ferdinand Schrey ausdrücklich, daß die Stenografie Stolze-Schrey vereinfacht werde, damit sie künftig so einfach sei wie jetzt das System Scheithauer ist. — Selbstlehrbuch der Stenografie Scheithauer 2 Mk. Die Stenografie Scheithauer besteht aus 42 Zeichen, mit denen ausnahmslos jeder gesprochene Laut der Sprache geschrieben wird, 4 mal schneller als in Gemeinschrift, wie auf der Schreibmaschine: mit 2 oder 3 Ausfertigungen.
Karl Scheithauers Verlag, Poststreck 52072, Leipzig-Lindenau.

Erfahrener Illustrationsdrucker

für sofort bei guten Leistungen in dauernde Stellung gesucht. Angebote mit Zeugnisabschriften und näheren Angaben über bisherige Tätigkeiten erbeten an: **Bester & Borries**, Zwickau I. Sa.

Schrißgießer

für Souche-Komplettmaschine und tüchtige **Zurichter**
in dauernde Stellung gesucht.
Benz. Krebs Nachf., Frankfurt a. M.

Prägergehilfe

selbständig in der Bedienung der Robinson-Establishmentpressen und in allen anderen Arten der Prägerei erfahren, sofort gesucht. Angebote mit Zeugnisabschriften und Wohnortangaben erbeten an die **Leeringische Buchdruckerei und Prägeranstalt**, Karlsruhe.

Korrektor

mit 30jähriger Erfahrung, humanistischer Bildung, allerbesten Sprachkenntnissen, als selbständiger, flotter Korrektor und Korrektursetzer tätig gewesen, mit vorzüglichem Zeugnis, sucht für sofortige Stellung. Off. Angebote unter Nr. 42 an die Geschäftsst. d. Bl. erb.

Seal mobil!
Junger Schweizerdegen
Sucht Stellung. Möchte sich gern als Maschinenmeister weiter ausbilden. Off. Zuschriften unter J. K. Nr. 49 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Schönstes Geschenkwerk!
Tollstol Leo Nachgel. Werke
Autor. Überhebung von Aug. Scholz 3 Bände Heftchen gebund. 28,50 Mk. 3 Bände Reinen gebunden 88 Mk. gegen 10 Pfg. Postgebühren.
Otto & Ko., Berlin-Nickelsee.
Polstschonkno Berlin 47344.

Maschinenband
Friedensqualität, leicern [733]
Beyner & Moll,
Hässelberg, Graf-Adolf-Straße 112.

„Wie soll ich zurichten?“
Ein Zeitungs-Verlag hat den Zurichter in allen Druckarten auf Schmelzpresse u. Ligele, 112 S., 22 Abb., 20 Taf. a. Kunst-Druck, geb. postfrei 2,30 Mk.; ferner „Der Buchdrucker am U-B-3“ Ein Anzeiger z. Einstellung des Unter- und Vordruckers auf alle Anlagen: 93 S., 112 Abb., 55 Abb. geb. 1,70 Mk. postfrei geg. Vorkauf. od. Nachn. v. Berl. M. Raab, Stuttgart, Ludwigsstraße 20.

Seherblusen
130 120 110 100 cm. l.
Seiden- 15 50 49 48 Mk.
Zelle- 20 20 20 20 Mk.
Galeri- 33 32 31 30 Mk.
do. I 27 26 25 24 Mk.
Zellstoff I 16 15 14 13 Mk.
Maschinenmeisteranzüge [712]
empfehlen
Arno Ghod, Gera (R.).
Fabrik für Berufsbildung.

Die Schwarzkunst
Preis 2 Mark. Preisfreie. Zu Bestehen von Wendes Buchverlag Braunschweig, Hanssendorferstr. 10. Postfachkonto Hannover 23416.

Teilzahlung
Uhren, Photoartikel, Musik-Instrumente, Schmucksachen, Bücher.
Kataloge umsonst u. portofrei liefern
Jonass & Co., Berlin A. 407
Belle-Alliance-Strasse 7-10.

Alphabetshefte
Verband d. Deutsch. Typogr. Gesellsch. Leipzig, Salomonstr. 8. Postlch. 53430.
Karl Sommerstein
Im 62. Lebensjahre. [51]
Ein treues Andenken ist ihm gesetzt durch die Kollegen der „Frankfurter Zeitung“, Frankfurt a. M.

Infolge Alters durch ein Automobil verstarb am 22. November plötzlich der Seher [54]
Rudolf Danneberg
aus Berlin im Alter von 29 Jahren. Derselbe war auch Kurator des Typographischen Gesellschaf Bielefeld. Am 30. November verstarb infolge Weites-törung der Drucker
Friedrich Ihlenburg
aus Templin, zuerst in Minden in Westfalen, im Alter von 52 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahrt den Selbsten
Bezirksverein Bielefeld.
Ortsverein Bielefeld.
Typographische Gesellschaf Bielefeld.
Graphischer Gesangverein Bielefeld.
Ortsverein Minden I. W.